



The World's Largest Open Access Agricultural & Applied Economics Digital Library

This document is discoverable and free to researchers across the globe due to the work of AgEcon Search.

Help ensure our sustainability.

Give to AgEcon Search

AgEcon Search

<http://ageconsearch.umn.edu>

aesearch@umn.edu

*Papers downloaded from **AgEcon Search** may be used for non-commercial purposes and personal study only. No other use, including posting to another Internet site, is permitted without permission from the copyright owner (not AgEcon Search), or as allowed under the provisions of Fair Use, U.S. Copyright Act, Title 17 U.S.C.*

No endorsement of AgEcon Search or its fundraising activities by the author(s) of the following work or their employer(s) is intended or implied.

Zähljahres die Grenzausgleichsbeträge vermindern, wodurch die niederländischen Exporte in die BR Deutschland erleichtert und die Exporte der BR Deutschland erschwert werden. Auf die Schlachtschweinepreise wird dies dämpfend wirken.

Unter den vorstehenden Annahmen werden die Schlachtschweinepreise, die im ersten Quartal dieses Kalenderjahres noch um 7 % hinter der vergleichbaren Vorjahreshöhe zurückblieben, im laufenden Quartal April/Juni auf Vorjahreshöhe liegen und diese dann ab Jahresmitte zunehmend überschreiten. Im Herbstquartal (Oktober/Dezember) wird das - allerdings sehr niedrige - Vorjahresniveau vermutlich sogar um etwa 7 % überschritten werden. Anfang 1985 werden die Preise, bedingt durch die Kürzung des Grenzausgleichs, etwas sinken, die letztjährige Höhe aber um etwa 8 % übertreffen. Im Jahresmittel April 1984 bis März 1985 dürfte der Preis für Schweine der Handelsklasse II frei Schlachtstätte bei etwa 3,60 DM/kg SG (warm, o. MwSt.) liegen; das sind 4 % mehr als im abgelaufenen Jahr. Der Durchschnittspreis der zweiten Hälfte der 70er Jahre wird damit jedoch nur um knapp 2 % überschritten. Für die Produzenten wird sich die Erlössituation etwas günstiger gestalten, als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, da der Mehrwertsteuersatz im Laufe dieses Jahres angehoben wird.

Im Hinblick auf die längerfristige Nachfrageentwicklung und die Erhaltung des Marktanteils der inländischen Produzenten sollte die Schlachtschweineproduktion trotz der derzeit für die Produzenten noch wenig günstigen Preisverhältnisse wieder langsam ausgedehnt werden. Die Ferkel und Mastschweine aus den Deckungen der nächsten Monate dürften für die Schweinehalter wieder befriedigende Erlöspreise bringen. Es ist jedoch zu beachten, daß als Auswir-

kung der Quotenregelung bei der Milch der Wettbewerb in der Schweinehaltung längerfristig zunimmt und daß dadurch die Wirtschaftlichkeit vermindert wird.

Zusammenfassung

Das Ergebnis der Schweinezählung von Anfang April 1984 weist den Schweinebestand der BR Deutschland mit 23,74 Mill. Tieren aus; das sind nur so viel wie zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die Zahl der trächtigen Sauen war mit 1,72 Mill. Stück um 1,6 % niedriger. Gegenüber der Zählung vom letzten Dezember ist eine zyklische Abnahme der Sauendeckungen um 1,7 % festzustellen.

In den 12 Monaten von April 1983 bis März 1984 erreichte die Bruttoeigenerzeugung an Schweinen insgesamt 38,1 Mill. Tiere; 1,6 Mill. Stück oder 4,3 % mehr als im Jahr zuvor. Der Schweinefleischverbrauch stieg im abgelaufenen Jahr um 2,8 %; der Pro-Kopf-Verbrauch nahm um 1,8 kg auf 59,3 kg SG zu. Die wachsende Verbrauchernachfrage nach Schweinefleisch kam allerdings nicht den Produzenten zugute. Die Schlachtschweinepreise sind im abgelaufenen Jahr um 5 % gesunken.

In den 12 Monaten von April 1984 bis März 1985 ist aufgrund des derzeitigen Bestandes an Schweinen eine Bruttoeigenerzeugung von erneut etwa 38 Mill. Tieren zu erwarten. Innerhalb des Jahres zeigt sich jedoch eine stark rückläufige Tendenz. Der vergleichbare Vorjahresumfang wird zunächst noch überschritten und Anfang 1985 nicht mehr erreicht. Auch im Wirtschaftsraum der EG insgesamt wird die Schlachtschweineproduktion zyklisch sinken. Die Schlachtschweinepreise, die im ersten Quartal des Kalenderjahres 1984 noch um 7 % hinter der vergleichbaren Vorjahreshöhe zurückblieben, werden diese bis Jahresende zunehmend überschreiten.

Forecasting the pig market situation

The paper presents the results of the triannual pig census in the Federal Republic. Based on these current data trends in pig numbers, pig production, consumption of pork and producer prices are discussed and extrapolated.

Europäische Agrarpolitik in größeren Zusammenhängen

Ein Besprechungsaufsatz

Prof. Dr. H. Priebe, Frankfurt am Main*1)

Angesichts der nahezu ausweglosen Situation der Gemeinsamen Agrarpolitik liegt die Frage nahe, wie es zur Bildung eines so absurden Systems kommen konnte, das die Integration eher gefährdet als fördert, zur abenteuerlichen Vergeudung volkswirtschaftlicher Ressourcen führt und die meisten Landwirte trotz aller Aufwendungen unbefriedigt läßt.

Die agrarpolitische Diskussion ist seit Jahren bei Detailfragen stehengeblieben. Der Blick auf die Hintergründe und größeren Zusammenhänge wird durch Legenden und Ideologien verstellt, die zur Begründung offensichtlicher Fehlentscheidungen stets ungeprüft wiederholt werden und zur Abwehr echter Reformvorschläge dienen.

Um Europa aus der agrarpolitischen Sackgasse zu befreien, ist die Frage zu stellen, ob wir uns nicht in falschen Vorstellungen gefangen haben, ob nicht vielleicht auch manchen angeblich unüberwindbaren Sonderinteressen durch andere Lösungen besser gedient wäre. Eine solche Analyse muß mit der Rückbesinnung beginnen, auf die Anfänge der Legendenbildung, auf falsche Weichenstellungen

in den Anfangsjahren der Gemeinschaft, die bis heute fortwirken und ihre weitere Entwicklung verbauen. Das Buch von Hans von der Groeben über die Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft gibt dafür das Rüstzeug.

Groebe n hatte seit 1952 schon an den Verhandlungen um den Schuman-Plan und die Montan-Union teilgenommen und war dann an den Vorarbeiten für die Errichtung der EWG und die Verhandlung der römischen Verträge maßgeblich beteiligt. Mit Beginn der EWG 1958 wurde er neben Hallstein Mitglied der Brüsseler Kommission und übte dies Amt in der Zeit hoffnungsvoller Anfänge und stürmischer Auseinandersetzungen bis 1970 aus. Durch Auswertung umfangreichen Aktenmaterials und lebendige persönliche Erfahrungen konnte er eine vertiefte Zusammenschau und zugleich farbige Schilderung der Entwicklung geben. Das Werk enthält eine umfassende Darstellung der politischen Entwicklung von der Gründung bis zu

1) Hans von der Groeben: Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die politische Union 1958 bis 1966. — Nomos-Verlag 1982, 400 S., DM 68.

den Aufbaujahren der Europäischen Gemeinschaft und wird nicht allein für den Historiker von bleibendem Wert sein, sondern gerade auch dem vorausschauenden Politiker ein reichhaltiges Erkenntnismaterial bieten.

Groeben analysiert den Integrationsprozeß aus den politischen Rahmenbedingungen der 50er Jahre. Vor dem Hintergrund der politischen Kräfte und Auseinandersetzungen in Europa und der Entwicklung in der Weltpolitik entsteht ein dramatisches Bild der Aufbaujahre der Gemeinschaft bis 1966, der vergeblichen Bemühungen um eine politische Union, der Erfolge und Mißerfolge beim Aufbau der Wirtschaftsgemeinschaft. Glanz und Elend der Europa-Politik werden deutlich, nach langer Zerrissenheit Europas die großen Ansätze zu einem Neubeginn, der dann in den politischen Alleingängen von de Gaulle steckenbleibt und vom Elend kleinlicher Streitigkeiten um Einzelinteressen überschattet wird.

Die hier folgenden Ausführungen werden weitgehend auf die Kapitel über die Agrarpolitik beschränkt. Sie wird in mehreren Zeitabschnitten behandelt und im großen Rahmen der politischen Gesamtentwicklung ins rechte Licht gestellt. So relativiert sich die beliebte Vorstellung, Agrarpolitik sei die einzige gemeinsame Politik, angesichts der Aktivitäten auf vielen anderen Gebieten und der wachsenden Intensität der Wirtschaftsbeziehungen innerhalb des Gemeinsamen Marktes, die uns allzu selbstverständlich erscheinen, während die Agrarpolitik oft nur aufgrund ihrer Schwierigkeiten so stark in den Vordergrund tritt.

Sie waren allerdings von Anfang an größer als in anderen Sektoren. Bei gewerblichen Gütern brachte schon der Abbau der Zölle und einiger anderer Beschränkungen die EWG dem größeren Binnenmarkt näher. Im Agrarsektor reichte, die entsprechende Öffnung der Märkte nicht aus. Hier waren bereits überall von der freien Marktwirtschaft abweichende Sonderregelungen entwickelt worden. Infolgedessen setzte die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Freiverkehr des Gemeinsamen Marktes die Bildung eines neuen einheitlichen Systems voraus, in dem die bestehenden Regelungen aufgehoben, aufeinander abgestimmt oder durch europäische Ordnungen ersetzt wurden. Der EWG-Vertrag gab dafür nur allgemeine Richtlinien und überließ die weitere Gestaltung den Organen der Gemeinschaft. Diese Aufgabe erforderte stärkere Eingriffe als im gewerblichen Bereich und die Überwindung erheblicher Gegenkräfte (S. 97 ff.).

Nach einem Meinungsaustausch auf der Konferenz von Stresa im Sommer 1958 legte die Kommission ihren ersten Vorschlag zur Agrarpolitik am 7.11.1959 vor. Bei den Beratungen waren bereits viele Probleme hervorgetreten, ohne daß dafür aber ausreichende Lösungen gefunden wurden. So waren praktisch manche späteren Ungleichgewichte vorprogrammiert.

Das galt vor allem für die drohende Überproduktion. Angesichts der starken Agrarbevölkerung, insbesondere in Italien (35 %) und Frankreich (24 %), schien es notwendig, die Agrarpolitik durch Maßnahmen der Wirtschafts- und Regionalpolitik zu flankieren. Dafür fehlten jedoch die Voraussetzungen. Um so mehr war die Kommission bemüht, in das Marktordnungssystem Sicherungen gegen die Überproduktion einzubauen. So war die Möglichkeit der Erhebung von Erzeugerbeiträgen und von Begrenzungen der automatischen Interventionen in den Vorschlägen enthalten. Auch wurde bei der Festsetzung der Richtpreise zunächst der Kommission eine größere Rolle zugedacht in der Erwartung, daß sie dabei als unabhängiges Gemeinschaftsorgan

den Marktverhältnissen am besten Rechnung tragen könnte (S. 107-109).

Die Beschlüsse zur Agrarpolitik vom Januar 1962 waren dann eine Voraussetzung dafür, daß die Gemeinschaft in die zweite Stufe übergehen konnte (S. 148 ff.). Die vorhergehenden Verhandlungen hatten erhebliche Meinungsverschiedenheiten gezeigt, immerhin konnten wichtige Prinzipien der Gemeinsamen Agrarpolitik festgelegt werden, wie ihr supranationaler Charakter, die gemeinsame Finanzierung und der Freiverkehr mit Agrarprodukten innerhalb der Gemeinschaft, bei einem Schutz an ihrer Außengrenze.

Doch hatten die Gegenforderungen der verschiedenen Länder zu Kompensationen aller Art geführt und die Entwicklung der weiteren Ausdehnung von Marktordnungen und Interventionen über die Grundprodukte hinaus sowie der unbegrenzten Verantwortung der Gemeinschaft für alle dadurch entstehenden Finanzlasten eingeleitet. So begann eine Kumulierung von Protektionsmaßnahmen, die Verhandlungen waren weitgehend nur von Fachexperten geführt worden, so daß es zu einem „Preiskartell der Protektionisten“ (S. 152) gekommen war. „Frühere Erkenntnisse, daß Marktpolitik, Agrarstrukturpolitik und allgemeine Regionalpolitik aufeinander abgestimmt und in die allgemeine Wirtschaftspolitik eingebettet werden mußten, wurden verdrängt; die Aufgabe, den ländlichen Raum – und nicht nur die landwirtschaftlichen Betriebe – als ein gesamtgesellschaftspolitisches Problem zu sehen, trat immer mehr in den Hintergrund“ (S. 153).

Die Schlüsselfunktion im Marktordnungssystem kam dem Preis zu, als Regulator zwischen Angebot und Nachfrage, als Faktor der Einkommensbildung. Der deutsche Getreidepreis war der höchste; zur Schaffung einer echten Wirtschaftsgemeinschaft mußte also ein Kompromiß zur Mitte hin gesucht werden, insbesondere auch aufgrund der erheblichen Produktionsreserven in wichtigen Mitgliedsländern. Dagegen wurde vor allem von deutscher Seite heftiger Widerstand geleistet, so daß nicht allein für die Integration wertvolle Jahre vertan, sondern in den von Anfang an zu hohen Preisen auch die Voraussetzungen für die folgenden Fehlentwicklungen geschaffen wurden.

Als endlich der Beschluß für den gemeinsamen Getreide-Richtpreis in der Nacht vom 15.12.1964 zustande kam, war zwar die Bahn für die Weiterentwicklung der Integration auf verschiedenen Gebieten frei, insbesondere auch für die Einbeziehung der Agrarprodukte in die GATT-Verhandlungen (S. 236). Doch mit den unbeschränkten Abnahmegarantien und der gemeinsamen Finanzierung waren auf der Basis des hohen gemeinsamen Getreidepreises die Weichen der EWG-Agrarpolitik falsch gestellt und die Ursachen einer Produktionsexplosion geschaffen, wie sie in der Welt kaum ihresgleichen hat.

So kommt Groeben in einem letzten Kapitel über die Landwirtschaftspolitik (S. 300 ff.) zu keiner guten Bilanz: Die Marktordnungen waren auf viele, dafür ursprünglich nicht vorgesehene Produkte ausgedehnt worden. Die Tendenz allgemeiner Preis- und Absatzgarantien verstärkte sich ohne Rücksicht auf die Marktverhältnisse, und von der Kommission vorgeschlagene fakultative Interventionen wurden von den Agrarministern durch automatische Regelungen ersetzt (S. 302). Bei der Schuldzuweisung darf allerdings einschränkend gesagt werden, daß die Kommission bisweilen im Zielkonflikt, die Integration zu gefährden oder unvernünftige agrarpolitische Entscheidungen mit zu tragen, für Europa entschieden hat.

Als ein geradezu klassisches Beispiel für die Nichtbeachtung der Marktverhältnisse nennt Groeben die Festsetzung des Milchpreises von 1966. Obwohl bei Milchprodukten bereits volle Selbstversorgung bestand, legte der Ministerrat bei weit geringeren nationalen Milchpreisen zwischen 28,5 Pfennig in Frankreich und 32,3 Pfennig in Deutschland einen gemeinsamen Milchpreis von 39 Pfennig je Liter fest (S. 303).

Die Folgen sind bekannt. Groeben schließt seine Darstellung zur Agrarpolitik bis 1966 mit dem Urteil ab, daß „die Gemeinsame Agrarpolitik – zunächst als Motor der Integration vielfach gepriesen – aus wirtschaftlichen und psychologischen Gründen zum größten Hemmschuh für eine gleichgewichtige Entwicklung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ wurde (S. 304/5). Vielleicht sind die psychologischen Schäden durch das abschreckende Beispiel der Agrarpolitik für Europa noch schwerwiegender als die Finanzlasten.

Aus heutiger Sicht werden alle anfänglichen Bedenken durch die Entwicklung und Situation der Gemeinsamen Agrarpolitik leider mehr als bestätigt. Eine eingehende Analyse würde zeigen, daß viele Fehlentscheidungen nur durch Scheinargumente vorbereitet wurden. Ein Leitmotiv der deutschen Haltung war die Angst des Bauernverbandes, den Importen anderer Mitgliedstaaten im Freiverkehr nicht gewachsen zu sein. Rehwinkel hätte nicht zu träumen gewagt, daß die deutsche Landwirtschaft 20 Jahre später für rund 23 Mrd. DM Agrarprodukte exportieren würde. Heute sind die Nachfolger – gerade umgekehrt – in Sorge, daß dieses große Produktionspotential, das die deutsche Landwirtschaft der Gemeinsamen Agrarpolitik verdankt, geschmälert werden könnte.

Doch wird eine Lösung der kritischen Situation nur zu finden sein, wenn alle zurückstecken und aus der Entwicklung der ersten Jahrzehnte europäischer Agrarpolitik die rechten Schlußfolgerungen ziehen.

Wirtschaftsumschau

Bodennutzung und Ernten im Bundesgebiet 1983

Dr. F. Uhlmann, Braunschweig-Völkenrode*)

Die Nutzung der Gesamtfläche der Bundesrepublik wird nur noch alle vier Jahre auf der Grundlage von Katasterunterlagen erhoben. Die nächste Erhebung ist erst für das Jahr 1985 vorgesehen.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche in Betrieben über 1 ha wird jährlich erhoben. Während in den Vorjahren eine Repräsentativerhebung durchgeführt wurde, handelt es sich bei der Bodennutzungshaupterhebung 1983 um eine Totalerhebung, deren Ergebnisse bis auf Kreisebene aufbereitet werden sollen. Nach diesen Erhebungen ist die landwirtschaftlich genutzte Fläche seit 1980 jährlich um 50 000 bis 60 000 ha verringert worden (Übersicht 1). Sie umfaßte 1983 etwa 12,08 Mill. ha und war damit 1,4 % kleiner als 1980. Die Verschiebung innerhalb der landwirtschaftlich genutzten Fläche zugunsten des Ackerlandes fand auch in den letzten Jahren kontinuierlich statt. Deutlich wird diese Entwicklung an der geringen Einschränkung des Ackerlandes, während das Dauergrünland überproportionale Einbußen erleidet. Diese Ergebnisse setzen sich aus unterschiedlichen Entwicklungen zusammen. Zunächst ist davon auszugehen, daß die außerlandwirtschaftliche Nutzung von Agrarland in gleichem Ausmaß Acker- und Dauergrünland betrifft. Wenn aber das Ackerland nur geringfügig zurückgeht, dann muß gleichzeitig eine Tendenz zum Umbruch von Dauergrünland bestehen, so daß die Verluste an Ackerland teilweise wieder ausgeglichen werden. Gleichzeitig wird das verbleibende Dauergrünland intensiver genutzt, was im überdurchschnittlichen Rückgang der Weiden und Almen zum Ausdruck kommt. Bei den übrigen Nutzungsrichtungen der landwirtschaftlich genutzten Flächen ist die weiterhin anhaltende Ausdehnung des Reblandes hervorzuheben.

Die Nutzung des Ackerlandes zeigt kontinuierliche Veränderungen auf: Einer Abnahme der Getreide-, Kartoffel-, Futterrüben- und Klee-/Luzerneflächen stehen Zunahmen der Raps- und Rüben- sowie der Grün-/Silomaisflächen gegenüber (Übersicht 2). Der Zuckerrübenanbau wurde nach der starken Ausdehnung des Jahres 1981 in den Jahren 1982 und 1983 wieder auf den Umfang des Jahres 1980 zurückgeführt. Diese Veränderungen haben u. a. folgende Ursachen: Der Anstieg der Rinderhaltung bei Verringerung der Dauergrünlandflächen begünstigt den Anbau von Grün-/Silomais, da mit dieser Futterpflanze die höchsten Nährstoffmengen auf der Fläche erzeugt werden können. Für den Maisanbau – auch der Körnermais – wird kräftig ausgedehnt – spricht außerdem, daß er große Mengen Gülle verwerten kann. Das hohe Ertragsniveau des Winterapses, verbunden mit den hohen garantierten Preisen und der überdurchschnittlichen Vorfruchtwirkung für Getreide, macht diese Ölfurche

Übersicht 1: Landwirtschaftlich genutzte Fläche im Bundesgebiet 1)
(1 000 ha)

Fläche	1980	1981	1982	1983
Ackerland	7 269,6	7 262,8	7 243,9	7 232,6
Gartenland	51,5	49,8	45,6	41,3
Obstanlagen	54,6	53,1	51,7	50,7
Baumschulen	19,0	19,1	18,5	19,5
Dauergrünland	4 754,2	4 714,6	4 675,0	4 630,2
dar. Wiesen	2 489,6	2 454,7	2 438,6	2 435,6
Mähweiden	1 000,3	1 007,5	999,9	982,6
Weiden u. Almen	1 143,9	1 130,5	1 120,8	1 095,5
Hutungen,				
Streuweiden	120,5	121,8	115,6	116,4
Rebland	95,7	97,8	98,6	100,7
Sonstiges 2)	3,7	3,2	3,5	4,1
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	12 248,3	12 200,5	12 136,7	12 079,0

1) In Betrieben mit mehr als 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. - 2) Korbweiden, Pappelanlagen, Weihnachtsbaumkulturen.

Quelle: SBA, 1984.

für viele Betriebe interessant. Im Jahre 1983 war der Rapsanbau in der Bundesrepublik erstmals größer als die Kartoffelanbaufläche. Der Zuckerrübenanbau wurde im Rahmen der Zuckermarktordnung an die Quotenvergaben angepaßt, so daß kein Trend erkennbar ist. Der hohe Arbeits- und Pflanzgutaufwand im Kartoffelanbau bei gleichzeitig unsicheren Erlöspreisen führt zu einer kontinuierlichen Anbaueinschränkung. Der Anbau der traditionellen Futterpflanzen – Runkelrüben, Klee und Luzerne – gerät durch den teilweisen hohen Arbeitsaufwand, die unsicheren Erträge und die begrenzten Einsatzmöglichkeiten von Herbiziden gegenüber dem Silomais immer mehr ins Hintertreffen.

*) Institut für landwirtschaftliche Marktforschung der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft Braunschweig-Völkenrode (FAL), Leiter: Prof. Dr. H. E. Buchholz.